

Niederschrift

über die 30. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 09.12.2010

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 19:26 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender Gerhard Ratzel

Bürgermeister Gerhard Böhling

Ratsmitglieder Bastrop, Bödecker, Borkenstein, Buß, Eggers, Dr. Eickelberg, Fischer, Freygang, Gamperl, Groenhagen, Homfeldt, Jongebloed, Just, Kathmann, Knefelkamp, Köhn, König, Limberg, Müller, Ottens, Riemer, Schmitz, Schneider, Schüder, Schwitters, Thiesing, Torkler, Ufken, Wolken.

Es fehlten entschuldigt: RM Eggerichs, Labeschautzki, Schauderna, Sutorius

Von der Verwaltung nehmen teil:
StD Anja Müller
VA Heide Schröder-Ward
StAR Elke Idel
VA Bohlen-Janßen
VA Holger Rabenstein
StAR Thomas Berghof
VA Ingrid Eggers

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
RV Ratzel eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
RV Ratzel stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

3. Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Die Tagesordnung wird unter TOP 8 dahingehend geändert, dass das Wort „Sprecher“ ersetzt wird durch das Wort „Vorsitzender“ der FDP-FdU-UWG-Gruppe.

Die Tagesordnung wird mit der vorgenannten Änderung festgestellt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 23.09.2010 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

5. Einwohnerfragestunde

5.1. BM Böhling bestätigt Herrn Steudte, dass sich die Bahnhofstraße von der B 210 bis zum Ortsausgangsschild an der Baustelle B 210 neu noch im Besitz des Landes befindet und diese Sanierungsmaßnahme gemeinsam vom Land und der Stadt Schortens finanziert wird.

Die Kosten für die Straßenbaumaßnahme trägt das Land, die Kosten für die Nebenanlagen (u. a. Gehwege, Straßenbeleuchtung) die Stadt Schortens.

5.2. Auf Nachfrage von Herrn Steudte teilt BM Böhling mit, dass es sich bei dem rot gepflasterten, höhengleichen Weg um einen Gehweg und nicht um einen Radweg oder einen Teil der Straße handelt. Herr Steudte weist darauf hin, dass keine entsprechende Beschilderung vorhanden ist und gibt zu bedenken, dass sich entlang dieses Weges mehrere Einmündungen befinden und nicht alle Personen verkehrskundig sind. BM Böhling sagt eine Überprüfung zu.

5.3. BM Böhling teilt auf Nachfrage von Herrn Steudte mit, dass die Maßnahme "Bahnhofstraße" noch nicht abschließend fertig gestellt ist und noch Pflanzarbeiten durchzuführen sind. Auch ist die Abnahme noch nicht erfolgt.

5.4. Herr Steudte weist darauf hin, dass die Unterstellmöglichkeit an der Bushaltestelle "Kolonie" mit einer Beleuchtung ausgestattet wurde, obwohl sich gleich daneben eine Straßenlaterne befindet. Er fragt daher nach, wer diese Bushaltestelle mit Beleuchtung bestellt und nicht gewusst hat, dass nebenan eine Lampe errichtet wird. BM Böhling erklärt, dass im Rahmen der Abschlussarbeiten noch Korrekturen stattfinden werden und dankt für den Hinweis.

5.5. Auf Nachfrage von Herrn Steudte teilt BM Böhling mit, dass die Querungshilfe im Bereich des Ortsausgangs im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens festgesetzt wurde.

5.6. Herr Steudte weist darauf hin, dass das Straßennamensschild "Birkenweg" im Zuge der Baumaßnahme entfernt und bisher nicht wieder angebracht wurde. BM Böhling sagt eine Prüfung und Erledigung zu.

- 5.7. Herr Steudte verweist auf die Sitzung des Planungsausschusses vom 16.09.2010, in der über die Neufassung des Flächennutzungsplanes beraten wurde.

Den Inhalt der Abwägung zu seinen während des Verfahrens eingereichten Anregungen hat er erst in der Sitzung erfahren. Schriftlich wurde ihm der Inhalt erst vor wenigen Tagen mitgeteilt, obwohl nach der Sitzung an der Abwägung keine Änderungen vorgenommen wurden. Daher fragt er nach, warum den Einwendern eine schriftliche Mitteilung erst nach einem so langen Zeitraum zugeschickt wurde. BM Böhling erklärt, dass im Rahmen des Verfahrens eine große Anzahl von Anregungen eingereicht wurde und daher die Beantwortung einen längeren Zeitraum in Anspruch genommen hat.

BM Böhling bestätigt Herrn Steudte, dass es sich bei dem ihm zugeschickten Dokument um den neuen Kopfbogen der Stadt Schortens handelt. Herr Steudte verweist auf das Schriftbild dieses Dokumentes, welches seines Erachtens viel zu klein und daher fast nur mit Brille lesbar ist.

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1. Rechtsstreit EWE wegen Zahlungsverweigerung dauert an/Abschluss eines neuen Gaslieferungsvertrages ab 01.10.2010

Seit dem Sommer 2005 hat die Stadt Schortens bekanntlich gegenüber der EWE AG die Zahlung erhöhter Gaspreise verweigert. Schortens ist damit eine der wenigen Städte und Gemeinden, die so vorgegangen ist. Seit September 2005 bis einschließlich September 2010 haben sich auf einem Sonderkonto der Stadt Schortens mehr als 500.000 Euro angesammelt.

Die EWE hat gegen die Stadt Schortens mittlerweile Klage auf Zahlung der rückständigen Beträge erhoben. Die Rechtsprechung hat in den vergangenen 5 Jahren die Position mehr und mehr bestätigt, so dass die Stadt dem Rechtsstreit in dieser Sache mit Blick auf die Vergangenheit gelassen entgegensehen kann.

Aktuell hat im September 2010 die EWE der Stadt Schortens einen neuen Gasliefervertrag ab dem 01.10.2010 angeboten. Die Laufzeit des Vertrages beträgt 2 Jahre und basiert auf den Ergebnissen einer europaweiten Ausschreibung von Gaslieferungen der KWL, einer Gesellschaft des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes. Die Annahme des Angebotes durch einstimmigen Beschluss des Verwaltungsausschusses der Stadt Schortens erfolgte nach Rücksprache und Beratung mit dem von der Stadt beauftragten Rechtsanwaltsbüro. Mit der Annahme endet der Rechtsstreit der Stadt Schortens mit der EWE AG für die Zukunft. Auch die anderen Städte und Gemeinden, die die Zahlung seit 5 Jahren gemeinsam mit Schortens verweigerten, haben den Vertrag so abgeschlossen. Die Vertragsbedingungen sind jetzt so positiv, dass eine weitere Zahlungsverweigerung keinen Sinn machen würde.

Die Stadt Schortens hat durch ihr Verhalten seit Sommer 2005 bis jetzt und durch den Neuabschluss des Vertrages für die kommenden zwei Jahre einen Gaspreis, der sich in der Höhe auf dem Niveau vom Sommer 2005 bewegt. Gegenüber dem aktuell gültigen Tarif „EWE Classic-Kommunen“ beträgt die Kostenersparnis durch den neuen Vertrag pro Jahr ca. 65.000 Euro.

Die Stadt Schortens hat in dieser Sache ihr Ziel erreicht, nämlich künftig einen günstigen Gaspreis zu fairen Bedingungen zu erhalten.

6.2. Bekanntgabe des Auslaufens des Konzessionsvertrages

Ebenfalls im Verwaltungsausschuss beschlossen wurde die Bekanntgabe des Auslaufens des Konzessionsvertrages im Dezember 2012. Die Bekanntgabe im Bundesanzeiger erfolgt im Dezember 2010 – also 2 Jahre vor Ablauf des Konzessionsvertrages mit der EWE. Gemeinsam mit der Gemeinde Wangerland werden die Konzessionsverträge für Schortens und Wangerland sowohl einzeln als auch gemeinsam angeboten. Außerdem sind Beteiligungslösungen für die jeweiligen Kommunen möglich.

Die Kosten für das entstehende Verfahren und die rechtliche Begleitung durch ein Fachanwaltsbüro aus Berlin werden nach dem Verhältnis der erzielten Konzessionsabgaben zwischen Schortens und Wangerland aufgeteilt.

6.3. Brand im Dorfkrug Sillenstede

Durch den Brand im Dorfkrug Sillenstede am 29.11.2010 sind u. a. 11 Personen obdachlos geworden. Dem Aufruf der Stadt folgend sind u. a. Wohnungen angeboten worden. Die beiden betroffenen Familien mit insgesamt 10 Personen, davon 6 Kinder, haben in Sillenstede passende Wohnungen erhalten. Der Umzug läuft derzeit. BM Böhling dankt den vielen Unterstützerinnen und Unterstützern.

6.4. Verlängerung der Kooperation "Baubetriebshöfe Schortens und Wangerland"

Die bis zum 31.12.2010 laufende Kooperation zwischen den Baubetriebshöfen der Stadt Schortens und der Gemeinde Wangerland wurde einvernehmlich um ein weiteres Jahr bis zum 31.12.2011 verlängert.

Da die Gemeinde Wangerland ihren Bauhof und den Bauhof der Kurverwaltung zu einem Betrieb zusammenfassen will, ergeben sich aus unserer Sicht im Verlaufe des nächsten Jahres interessante Konstellationen mit Blick auf eine weitere Zusammenarbeit.

6.5. Photovoltaikanlagen Rathaus und Grundschule Heidmühle

Um die erhöhten Vergütungssätze für die Einspeisung von Strom aus Photovoltaikanlagen noch in Anspruch nehmen zu können, war es wichtig, die vor kurzem beauftragten Photovoltaikanlagen auf den Dächern des Rathauses und der Grundschule Heidmühle noch in diesem Jahr aufzubauen und an das Netz anzuschließen. Die Installation wurde zeitgerecht ausgeführt und der Anschluss an das

Netz erfolgt noch im Dezember 2010. Damit kann der Vergütungssatz von 33,03 Cent/ingespeiste Kilowattstunde in Anspruch genommen werden.

Ab Januar 2011 sinkt die Vergütung demgegenüber um 13 %. Vor diesem Hintergrund war der zeitgerechte Aufbau und Anschluss der Photovoltaikanlagen noch in diesem Jahr von besonderer Bedeutung.

Es wurden auch Feuerwehrtrennschalter installiert, damit im Brandfall die Feuerwehr den elektrischen Strom unterbrechen kann.

Die Investitionskosten betragen insgesamt ca. 85.000 Euro. Auf der Basis der aktuell gültigen Einspeisevergütung beträgt der Überschuss auf 20 Jahre gerechnet rund 45.000 Euro. Das ist Geld, welches dem städtischen Haushalt zugute kommt.

6.6. Jugendtreff Roffhausen

Nachdem seit kurzem die Hausmeisterwohnung in der Bürgerbegegnungsstätte Roffhausen freigeworden ist, wurde nach Gesprächen mit den betroffenen Jugendlichen in Roffhausen in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses am vergangenen Dienstag beschlossen, den Jugendlichen aus Roffhausen und Middelsfähr diese Räumlichkeiten für einen Jugendtreff zur Verfügung zu stellen. Für diesen Zweck wurde gemeinsam mit den Jugendlichen eine Nutzungsvereinbarung erarbeitet. Die Überlassung gilt vorerst befristet bis zum 30. Juni 2011, um dann Erfahrungen auszutauschen. Die Jugendlichen haben gestern mit kleinen Renovierungsarbeiten begonnen. Für diesen Zweck hatten sie Spenden gesammelt. Die Verwaltung geht von einer Fertigstellung noch vor Weihnachten aus. Die Vereine und Nutzergruppen der BBS Roffhausen werden im Januar 2011 gemeinsam mit den Jugendlichen eingeladen.

6.7. Leitung Fachbereich 11 (Finanzen und Liegenschaften)

Der seit längerer Zeit erkrankte amtierende Kämmerer der Stadt Schortens wird gesundheitsbedingt Rente beantragen.

BM Böhling hat die bislang kommissarische Leiterin des Fachbereiches, Frau Stadtamtsrätin Elke Idel, mit sofortiger Wirkung mit der Leitung des Fachbereichs beauftragt. Die von ihr bislang wahrgenommene Aufgabe als Stabstelle Controlling wird mit sofortiger Wirkung von der seit September 2010 bei der Stadt tätigen Betriebswirtin Frau Uta Bohlen-Janßen wahrgenommen.

6.8. Zu den Baumaßnahmen ist Folgendes zu berichten:

- Die Herstellung des 1. Bauabschnittes des „JadeWeserParks“ ist einschließlich der Bepflanzung fertig gestellt worden. Wegen der Unterhaltung des Straßen- und Abwassernetzes soll eine Zweckvereinbarung zwischen dem Zweckverband JadeWeserPark und der Stadt Schortens abgeschlossen werden. Nähere Einzelheiten hierzu sind noch zu beraten.
- Die Leitungsumlegungen in den Bereichen Moorhauser Weg und Theilenweg im Bereich der B 210 neu sind abgeschlossen. Im Bereich der L 814 sind die Arbeiten bis

auf Restarbeiten fertig gestellt. Der Umschluss der Abwasserdruckleitung zum Hauptpumpwerk in Sillenstede ist bereits erfolgt.

- Ergänzend ist zur L 814 mitzuteilen, dass zwischenzeitlich entsprechend der Beschlüsse unserer Gremien die „30 km/h-Schilder“ in Höhe der Grundschule Glarum aufgestellt worden sind. Wegen der Grunderwerbsverhandlungen zur Verbesserung der Radwegsituation hat die Verwaltung zwischenzeitlich die Eigentümer angeschrieben.
- Der Endausbau des Baugebietes „Am Junkernberg/Johann-Eden-Straße“ ist zu rund 50 % fertig gestellt. Eine Gesamtfertigstellung wird aufgrund witterungsbedingter Unterbrechungen in diesem Jahr nicht mehr möglich sein.
- Seit der letzten Ratssitzung Ende September d. J. sind insgesamt 21 Bauanträge, davon 5 für Wohnhäuser, eingegangen.

Abschließend bedankt sich BM Böhling bei den Ratsmitgliedern und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr.

7. **Neubesetzung der Lehrervertretung im Schulausschuss**
SV-Nr. 06//0982

Als (stimmberechtigte) Lehrervertreterinnen für den Schulausschuss werden benannt:

1. Mitglied: Ilse Hallmann
2. Stv. Mitglied: Elke Kortendiek

Die Neubesetzung der Lehrervertretung im Schulausschuss wird festgestellt.

8. **(Neu-)Feststellung des Vorsitzenden der FDP-UWG-FdU-Gruppe**
SV-Nr. 06//1006

Gruppenvorsitzender ist künftig Jörg Limberg (statt bisher Peter Gamperl). Zum 1. Stellvertreter wurde Gerhard Ratzel gewählt, 2. Stellvertreter ist Herr Peter Gamperl.

Die (Neu-)Feststellung des Vorsitzenden der FDP-UWG-FdU-Gruppe wird festgestellt.

9. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 26.10.2010

9.1. Terminierung der Bürgermeisterwahl **SV-Nr. 06//0912**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die Wahl des Bürgermeisters wird festgelegt auf den 11. September 2011. Sie fällt damit mit der Kommunalwahl 2011 zusammen.

Der vorstehende Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

BM Böhling hat an der Beratung und Beschlussfassung zu diesem Punkt nicht teilgenommen.

- 9.2. Gemeindegewahlleitung für die Gemeindegewahl und die Bürgermeisterwahl am 11. September 2011 **SV-Nr. 06//0969**

Der Ausschuss schlägt nachfolgende Beschlussfassung vor:

StD Anja Müller wird für die Gemeindegewahl und die Bürgermeisterwahl am 11. September 2011 als Gemeindegewahlleitung und VA Holger Rabenstein als Stellvertreter berufen.

Die vorstehende Beschlussempfehlung wird einstimmig beschlossen.

10. Vorlagen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses vom 24.11.2010

- 10.1. Vorberatung Haushalt 2011 - Eckwerte und Haushaltssicherung **SV-Nr. 06//1001**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

1. **Der Eckwert des Ergebnishaushaltes wird für den Haushalt 2011 mit einem Fehlbetrag von 2.368.440 Euro zur Kenntnis genommen.**
2. **Der Eckwert des Finanzhaushaltes wird für den Haushalt 2011 mit einem Fehlbetrag von 2.242.993 Euro zur Kenntnis genommen.**
3. **Die Investitionsmaßnahmen 2011 mit einem Gesamtvolumen von 1.001.090 Euro werden zur Kenntnis genommen und an die Fachausschüsse zur Beratung verwiesen.**
4. **Die sich aus den bisherigen Beratungen ergebenden Fehlbeträge des Ergebnishaushaltes von 2.368.440 Euro und des Finanzhaushaltes von 2.243.992 Euro sind in den folgenden Sitzungen der Fachausschüsse mit dem Ziel einer erheblichen Reduzierung dieser Fehlbeträge zu beraten.**

Dass die Eckwerte heute nicht wie ursprünglich vorgesehen beschlossen, sondern lediglich zur Kenntnis genommen werden sollen führt RM Just auf die schlechten Zahlen zurück. Ergänzend führt er aus, dass das voraussichtliche Fehl im Ergebnishaushalt deutlich auf 2,4 Mio. Euro angewachsen ist und nach wie vor „Altlasten“ aus früheren Verwaltungshaushalten in Höhe von 700.000 Euro vorhanden sind. Auf

dieser Ebene fehlen der Stadt Schortens demnach 3 Mio. Euro. Die noch zu erstellende Eröffnungsbilanz wird seiner Ansicht nach verschönert dargestellt werden, da diese Summe im neuen Ergebnishaushalt keine Berücksichtigung findet.

Zur mittelfristigen Finanzplanung merkt er kritisch an, dass die Stadt nicht - wie noch vor 1 bis 2 Jahren gedacht - innerhalb von 4 Jahren auf 15 Mio., sondern 18 Mio. Euro Schulden zusteuert, obwohl vor 2 Jahren eine erhebliche Reduzierung der Fehlbeträge sowohl im Ergebnis- als auch im Finanzhaushalt als Ziel festgesetzt wurde. Ein Defizit hat sich seit Anfang des Jahres 2009 abgezeichnet als deutlich wurde, dass eine Wirtschaftskrise bevorsteht, jedoch sei bisher nichts geschehen, um die Ausgaben und die Schuldenaufnahme zu reduzieren, sondern die Schulden steigen an.

RM Just erinnert daran, dass im Jahr 2009 auf Anregung der CDU eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung eines langfristigen Modells für den Schuldenabbau eingerichtet wurde, ein Ergebnis bis zum heutigen Tag jedoch nicht vorliegt. Stattdessen sei der Verwaltung in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses seitens der CDU-Fraktion die Zielvorgabe erteilt worden, bis Juli nächsten Jahres ein Konzept zur langfristigen Entschuldung vorzulegen. Er wirft der Arbeitsgruppe vor, zwei Jahre lang untätig gewesen zu sein.

RM Freygang teilt mit, dass im Frühjahr 2011 der zweite doppische Haushalt verabschiedet werden soll und sich Rat und Verwaltung immer noch in der Übungs- und Festigungsphase befinden. Die einzelnen Fachausschüsse haben eine gute Arbeit geleistet und dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss gut zugearbeitet, so dass für einzelne Teilhaushalte bereits Ziele mit entsprechendem Einsparpotenzial definiert werden konnten. In der Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 24.11.2010 wurden die Eckwerte lediglich zur Kenntnis genommen, weil weiterhin der Beschluss gefasst wurde, die genannten Fehlbeträge im Ergebnis- und Finanzhaushalt in den Fachausschussberatungen mit Blick auf die Schuldenentwicklung für die kommenden Jahre noch erheblich zu reduzieren. Er bittet, dem Beschlussvorschlag des Fachausschusses zuzustimmen.

RM Homfeldt nimmt Bezug auf den Redebeitrag von RM Just sowie dessen Presseartikel über die Umsetzung des Konzeptes zur Jugendarbeit, die in der Öffentlichkeit seines Erachtens den Eindruck erwecken, dass eine Umsetzung des Konzeptes bereits abschließend beschlossen wurde, was jedoch nicht der Wahrheit entspricht. Er erinnert daran, dass nach der letzten Kommunalwahl sehr zeitig im Jahr 2007 seitens der Mehrheitsgruppe die Erstellung einer Aufgabenkritik gefordert wurde. Gemeinsam mit der Verwaltung wurde überprüft, welche Leistungen zum damaligen Zeitpunkt erbracht wurden und welche Kosten diese verursachten. Im nächsten Schritt wurden die freiwilligen Leistungen festgestellt und untersucht, welche dieser Leistungen möglicherweise durch Dritte günstiger erbracht werden könnten. Dieses sind Schritte, die mit dazu geführt haben, dass eine Stabstelle Controlling eingerichtet wurde, die auf die Effizienz der Verwaltungsabläufe hinwirkt und Rat und Verwaltung zusammen mit der doppischen Haushaltsführung jetzt in die Lage versetzt frühzeitig zu

sehen, wie sich die finanzielle Situation unter Berücksichtigung der Ausgaben- und Einnahmestruktur entwickelt.

RM Freygang erläutert den fließenden Prozess zur Erstellung des doppischen Haushalts, der sich noch bis ins Frühjahr 2011 hinziehen wird. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Beratungen in den Fachausschüssen, in denen eine große Anzahl von Kennzahlen und Ziele fast immer einvernehmlich beschlossen wurde.

RM Just erklärt, dass der Haushalt trotz der Menge an Kennzahlen und Zielen immer schlechter wird. Dieses könne man auf die Wirtschaftskrise schieben, jedoch verschlechtere sich der Haushalt der Stadt Schortens in den letzten Jahren deutlich im Vergleich zu den umliegenden Kommunen. Besonders zeige sich dies im Vergleich mit dem Landkreis, aber auch im Vergleich zu anderen Kommunen. Sowohl im Ergebnishaushalt als auch bei den Schulden stehe die Stadt Schortens trotz Einführung der Doppik und des Controllings bedeutend schlechter da als noch vor zwei Jahren. Er bezeichnet die Durchführung des Controllings als „Erbsenzählerei“, in der geprüft wird, welche Ziele eingehalten werden. Die Ziele der Stadt Schortens seien in den letzten Jahren jedoch auf permanente Ausgabensteigerung und damit verbunden Schuldenaufnahmen ausgerichtet. Die Einhaltung von solchen falschen Zielen sieht er als sinnlos an. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Ziele der Gruppe „Aufgabenkritik“, die u. a. auch Personaleinsparungen beinhalteten. Heute soll jedoch zusätzliches Personal eingestellt und es sollen weitere Ausgaben getätigt werden. Hierzu verweist RM Just auf das Konzept zur sozialpädagogischen Jugendarbeit und erläutert die damit verbundene Kostensteigerung. Seine Fraktion sieht gerade hier Einsparmöglichkeiten, aber auch im Marketingbereich sowie bei der Stelle der Gleichstellungsbeauftragten.

RM Homfeldt erklärt, dass es gemeinsame Aufgabe von Rat und Verwaltung ist, die finanzielle Situation der Stadt zu verbessern. Hinsichtlich eines Vergleichs mit umliegenden Kommunen gibt er zu bedenken, dass diese nicht über den gleichen Umfang an freiwilligen Leistungen - wie z. B. ein Aqua-Toll oder Bürgerhaus - verfügen, die jährlich ein Defizit verursachen. Hinsichtlich der Ausführung des RM Just zur Umsetzung des Konzeptes für die Jugendsozialarbeit und damit verbunden ansteigende Personalkosten teilt er mit, dass die CDU im Frühjahr d. J. die Erstellung dieses Konzeptes aufgrund der schwierigen, zum Teil dramatischen Situation von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der heutigen Zeit beantragt hat. Ziel war bzw. ist es zu erfahren, welche Maßnahmen für die Befriedigung der Bedürfnisse erforderlich sind. Bei dem jetzt vorliegenden Konzept handele es sich lediglich um eine Beratungsgrundlage. Über eine mögliche Umsetzung und den damit verbundenen Zeitraum wurde noch nicht abschließend beraten und beschlossen.

RM Torkler gibt zu bedenken, dass es sich heute lediglich um eine Vorberatung des Haushaltes 2011 handelt und in den Fachausschüssen und Organen einvernehmlich die Auffassung

bestand, dass die formulierten Zielvorgaben noch hinsichtlich erforderlicher Kostenreduzierungen zu überarbeiten sind. Er hält es für besonders wichtig, dass Rat und Verwaltung gemeinsam an der Erreichung eines vernünftigen finanziellen Maßes arbeiten.

Bezug nehmend auf die bisherige Diskussion teilt er mit, dass die „Jugendsozialarbeit“ für viele Ratsmitglieder aller Fraktionen von erheblicher Bedeutung ist, da die Kinder und Jugendlichen mit Blick auf die Zukunft besonderer Aufmerksamkeit bedürfen. Es dürfe nicht der Eindruck erweckt werden, dass die Stadt Schortens mit ihren 12 Ortsteilen hinsichtlich der Problematik mit Jugendlichen ein weißer Fleck ist. Auch in Schortens sind soziale Brennpunkte vorhanden, die die Mitglieder des Rates entschärfen möchten. Eine Berücksichtigung der vorhandenen Lebensumstände und aller Dinge, die möglicherweise zu einer misslichen Entwicklung führen könnten, hält er für notwendig. Er geht davon aus, dass im Rat über das Angebot der betreuten Jugendarbeit Einvernehmen bestehen und dieses weiterhin Bestand haben wird. Über die Summe der finanziellen Mittel wird noch zu entscheiden sein.

Dem Beschlussvorschlag des Fachausschusses wird mit 2 Enthaltungen zugestimmt.

10.2. Richtlinie Controlling und Grundkennzahlen **SV-Nr. 06//1002**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

- 1. Die dem Originalprotokoll im Original anliegende Richtlinie zum Controlling wird anerkannt.**
- 2. Die Grundkennzahlen für das Berichtswesen ab 2011 werden anerkannt.**

RM Freygang teilt mit, dass sich die Politik in Schortens seit einigen Jahren mit der Einführung eines geeigneten Controllingsystems beschäftigt, das gemäß der Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung vorgeschrieben ist. Das Controlling mit seinem dazugehörigen Netzwerk, z. B. der Kosten- und Leistungsrechnung, wird Rat und Verwaltung zukünftig in die Lage versetzen, die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit genauer zu überblicken und damit die zukünftigen Haushaltsberatungen erleichtern. Ziele und Kennzahlen werden im Rahmen des Berichtswesens zukünftig die ständigen Begleiter in den Beratungen sein. Im Namen des Finanz- und Wirtschaftsausschusses bedankt sich RM Freygang bei der Verwaltung für die Aufbereitung des vorliegenden Zahlenwerkes.

Nach Ansicht von RM Just wurde eine gründliche Überprüfung bisher nicht vorgenommen, wodurch die Ausgaben trotz Einführung der Doppik und des Controllings weiter aus dem Ruder gelaufen sind.

RM Freygang erklärt, dass das Controlling erst jetzt mit Leben gefüllt wird und erläutert den Aufgabenbereich. Anhand des Beispiels „Kindertagesstätte“ stellt er die Datenerfassung und zukünftige

Auswertungsmöglichkeiten dar. Bei dem Controlling handelt es sich um einen Prozess, der bis zur heutigen Beschlussfassung andauert hat.

BM Böhling teilt mit, dass die Durchführung des Controllings nach der neuen Gemeindehaushalts- und Kassenverordnung zwingend vorgeschrieben ist.

Die Art der Ausgestaltung liegt im Entscheidungsbereich der Kommunen. Die Ansätze des Controllings wurden im letzten Jahr erstellt und müssen künftig noch weiter ausgebaut werden. Hierzu gehören auch regelmäßige Sachstandsberichte im Rat und in den Fachausschüssen. Aus Sicht von BM Böhling wird die Entwicklung des Controllings noch einige Jahre andauern.

RM Just teilt mit, dass sich seine Fraktion nicht gegen das Controlling an sich, sondern gegen zu hohe Ausgaben ausspricht. Seines Erachtens ist die derzeitige Form des Controllings nutzlos, wenn trotz Einhaltung der Vorgaben die Zahlen immer weiter ins Negative rutschen. Er hält es für erforderlich, die Ziele zu überprüfen und erläutert in diesem Zusammenhang zwei Kostenbeispiele anhand der Jugendwerkstatt.

RM Torkler erklärt, dass das Controlling bereits seit mehreren Jahren besteht und seitens der Ratsmitglieder immer wieder eine effektivere Arbeitsweise einschließlich eines kontinuierlichen Berichtswesens gefordert wurde.

Bezug nehmend auf die bisherige Diskussion zur Doppik und zum Controlling befürchtet er, dass die Qualität der Arbeit künftig keine ausreichende Berücksichtigung finden könnte. Parallel zu diesem Zahlenwerk müsse zukünftig auch die Effektivität und Qualität der angebotenen Arbeit in den einzelnen Einrichtungen der Stadt Schortens Berücksichtigung finden. Er appelliert daher an die Ratsmitglieder, bei zukünftigen Beratungen die Qualität der sozialen Angebote und die Qualität der geleisteten Arbeit, möglicherweise auch mit qualitativ besseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zu vergleichen, da die Vergleichskennzahlen ohne Berücksichtigung der Leistung, an sich nichts aussagen.

RM Homfeldt bestätigt, dass es nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität geht. Daher sieht er es als wichtig an, das Controlling mit dem heutigen Beschluss der Richtlinie in die Lage zu versetzen, nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ Daten zu erfassen und auszuwerten.

Bezug nehmend auf die Ausführungen von RM Just zur Jugendwerkstatt und zur Jugendsozialarbeit gibt er zu bedenken, dass in diesem Bereich Menschen - oft nur mit Zeitverträgen ausgestattet - arbeiten, die durch diese Diskussion des Themas verunsichert werden, worunter auch die Qualität ihrer Arbeit leidet, was wiederum Auswirkungen auf die Kinder und Jugendlichen zur Folge hat. Daran kann dem Rat seines Erachtens nicht gelegen sein.

Ergänzend zu seinem vorhergehenden Redebeitrag erklärt RM Torkler, dass Dienstleistungen an Menschen, an Kindern, Jugendlichen oder auch an die Bürger in Schortens nicht nur als „Produkt“ bemessen und

bezeichnet werden dürfen. Als Beispiel nennt er das Angebot „Kindergartenplatz“, das von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und deren Ideen, aber auch von dem Engagement der Eltern, die sich einbringen, zusammensetzt. Ein solcher Kindergartenplatz dürfe – wie auch alle anderen Dienstleistungen der Stadt - nicht als reines „Produkt“ angesehen werden.

Die vorstehende Beschlussempfehlung des Fachausschusses wird einstimmig beschlossen.

11. Vorlagen des Verwaltungsausschusses vom 07.12.2010

11.1. Abschaffung der Funktion "Bezirksvorsteher" und gleichzeitig Änderung der Aufwandsentschädigungssatzung **SV-Nr. 06//1012**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll als Original beigefügte 9. Änderung der Satzung der Stadt Schortens über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen, Fahrkosten, Verdienstausschlag und Sitzungsgeldern an die Ratsmitglieder der Stadt Schortens, die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder sowie sonstige ehrenamtlich Tätige (Aufwandsentschädigungssatzung) wird beschlossen.

Der vorstehende Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

11.2. Richtlinien für die Ehrung von feuerwehreffreundlichen Arbeitgebern/Gewerbebetrieben **SV-Nr. 06//1013**

Der Ausschuss schlägt folgende Beschlussfassung vor:

Die dem Originalprotokoll als Original beigefügten Richtlinien für die Auszeichnung „Feuerwehreffreundlicher Betrieb“ werden beschlossen.

Der vorstehende Beschlussvorschlag wird einstimmig beschlossen.

12. Anfragen und Anregungen:

12.1. RM Limberg verweist auf den von der FDP/FdU/UWG-Gruppe an alle Ratsmitglieder schriftlich gerichteten Appell, das heutige Sitzungsgeld und die Fahrtkosten für die Brandopfer in Sillenstede zu spenden und bittet darum, diesem zu folgen.

12.2. RV Ratzel dankt der Verwaltung im Namen des Rates für die gute Arbeit im vergangenen Jahr. Ferner spricht er den Ratsmitgliedern seinen Dank für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr aus, in dem neben insgesamt 62 Sitzungen der Ratsgremien mit einer durchschnittlichen Dauer von 2 Stunden zusätzlich 158

Fraktionssitzungen stattgefunden haben.